

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und der Stadträte zu Großschönau und Zwenkau bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Karlsruh, Pöggau und Taucha

Bezugspreis mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.00 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Beklageld. Telefon Sammelnummer 72206. Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10 Gelpalt, Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorbehalt 40 Pfg. Familiennachrichten von Privaten mit 50%, Nachsch. Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelle 25 Pfg. Reklamezeile 2 M. Inserate von auswärts: die 10 Gelpalt, Kolonelle 40 Pfg., bei Platzvorbehalt 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

„Frühling am Reichsgericht“

Reichsgerichtsrat Dr. Georg Müller Mitglied der Hitler-Partei

Nazi-Zellen im Palais Dr. Bumkes

In unserem Bericht über die Nationalsozialistische Juristen-tagung in Leipzig gaben wir unter anderem das Wort des Führers des Nationalsozialistischen Juristenbundes, Rechtsanwalt Frank II, München, wieder, wonach am Reichsgericht der Frühling einge-zogen wäre, d. h. ein nationalsozialistisch denkender Richter vorhanden sei. Den Namen dieses „Frühlingshelden“ verschwieg Herr Frank. Warum? Wenn er im Sonderheft „Deutsches Recht“ seiner politi-schen Wochenchrift „Die andere Seite“ nur von einem „deutschen Richter“ zu berichten weiß, und als solchen den aktiven Reichs-gerichtsrat Dr. Georg Müller bezeichnet, dann ist wohl jede Geheimnistuerei in dieser Hinsicht überflüssig.

Mit Herrn Reichsgerichtsrat Dr. Georg Müller hat sich die Öffentlichkeit wiederholt beschäftigt. Was Geistes Kind er ist, ergibt sich aus seiner Stellungnahme zu dem kürzlich er-schienenen Buche „Gefesselte Justiz“, das die niederträchtigsten Lügen, Verleumdungen und Verdrehungen enthält. Dieses Buch, das jeder anständige und rechtlich denkende Mensch mit Abscheu aus der Hand legt, (selbst führende deutschnationale Juristen haben es scharf verurteilt), erweckt keineswegs den Widerwillen des Herrn Reichs-gerichtsrats Müller. Vielmehr ist ihm „Ziel und Leit-gedanke dieses Buches“, wie er mit anerkennenswerter Offenheit in einem Briefe an den Verleger des Jarnowschen Buches zum Ausdruck bringt, „aus der Seele gesprochen“. Und weiter schreibt Herr Reichsgerichtsrat Müller in diesem Briefe u. a.:

„Säßen wir eine unverblendete Volksgemeinschaft, dann müßte es auf dieses Buch hin wahr werden: Antwort erscholl wie Sturm und Meergeräusch: Herr Gutten, setz an und räum aus. Aber freilich, woher käme uns heute ein Gutten? ...“

„So ist also der nationalsozialistische Frühling ins Reichsgericht einge-zogen „mit Sturm und Meergeräusch“ und mit dem Wunsche „kollat an und räumt aus!““

Nicht die Ueberbleibsel einer vergangenen volksfeindlichen Zeit, sondern die Republik und die Demokratie sollen angefaßt und ausgeräumt werden.

„Über woher käme uns heute ein Gutten?“ fragt am Schlußse Herr Reichsgerichtsrat Müller melancholisch. Warum so traurig? Das ist doch für den Herrn Reichsgerichtsrat keine Frage. Er weiß doch genau, woher ein „Gutten“ kommt. Ist er nicht schon vor Jahren in den Braukellern Münchens „von Gott erweckt und gesandt“ worden? Und „schimmert“ nicht der Herr Reichsgerichtsrat Müller mit dem Herrn Landgerichtsdirektor von Maszkowsky vor

Freude um die Wette, wenn die Namen der nationalsozialistischen Meßlatze ertönen?

So weit sind wir nun in der deutschen Republik. Frühling am Reichsgericht — April — — —

In der „Vossischen Zeitung“ legte der Leipziger Rechtsanwalt Hermann Martin dar, daß demnächst die Stelle des Präsidenten des 4. Strafsenats neu besetzt werden müsse. Der 4. Strafsenat fungiert als provisorischer Reichsverwaltungsgerichtshof, als die oberste Instanz, die im Republikshulagegesetz vorgesehen ist. Durch die Notverordnung vom 28. März wird dem 4. Strafsenat eine ganz besonders große Verantwortung zugemessen. Der 4. Strafsenat ist die letzte Berufungsinstanz, die in der Notverordnung vorgesehen ist. Es ist durchaus verständlich, wenn die Körperrollen das Bemühen haben, ihren Einfluß gerade an dieser Stelle geltend zu machen. Herr von Maszkowsky würde einen Sprung in den nächsten Frühling machen, wenn das gelingen würde. Dann würde die Republik ebenso beschützt, wie Herr Dr. Fric die republikanischen Einrich-tungen in Thüringen „schützte“.

Jedenfalls richten wir das Augenmerk des Herrn Staats-sekretärs Joel — der das verwaiste Amt des Justizministers im Reich zu betreten hat — auf den Herrn Reichsgerichtsrat Dr. Georg Müller, der auf der nationalsozialistischen Juristentagung in Leipzig als die erste Frühlingsgewalt des Herrn Maszkowsky bezeichnet worden ist. Die Spähen pfeifen von den Wahrzeichen byzantinisti-scher Zeiten; die an und auf dem Reichsgericht noch in überreicher Fülle zu finden sind, jedem Kundigen ins Ohr, daß Herr Dr. Georg Müller nicht der einzige sei, der mit Herrn von Maszkowsky Frühlingsgrüße tauscht. Vom Staatssekretär Dr. Joel dürfte in dieser Richtung nicht allzuviel zu erwarten sein. Aber das Reichskabinett wird die besondere Aufgabe haben, den Nazimtrieben in den Räumen des Reichsgerichtes eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Vor allem der Reichsinnenminister, Herr Dr. Wirth, wird sich mit dieser Angelegenheit zu befassen haben. Was nützt ihm seine Notverordnung, wenn in der entscheidenden Berufungsinstanz etwa die Frühlingsboten des Herrn Dr. Frank — des vom Zentrum ummäßig gemachten Vorsitzenden des Rechtsausschusses im Reichstage — ihre Zellen bauen?

Der Rechtsanwalt Hermann Martin hat dankenswerterweise auf die bevorstehende Neubesetzung im 4. Strafsenat hingewiesen. Wir unterstreichen seine Bedenken und bringen unsererseits den Beweis dafür, daß die geäußerten Bedenken durchaus am Platze sind.

Die Revolution gewinnt eine Schlacht

Der Sieg der Sozialisten und Republikaner in Spanien

In der großen Politik gibt es jetzt eine Pause. Die Ka-binette sind nicht voll arbeitsfähig, da überall Minister ihren Urlaub über die Osterzeit hinaus verlängert haben. Für die kleineren Staaten ist das kein Nachteil. Finden sie doch mit ihren Sorgen und innerpolitischen Kämpfen um so eher grö-ßere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit der Welt. Ueber der Pyrenäenhalbinsel, mit der sich Europa, nur durch die schmale Straße von Gibraltar getrennt, bis nahe an Afrika heran- und in den Atlantischen Ozean hinauschiebt, weht ein scharfer revolutionärer Wind. Er hat auch Inselgruppen erfaßt, auf denen das ruhige Leben in den letzten Jahren nur durch das Saufen der Motoren der Flugzeuge unterbrochen wurde, die die Luftverbindung zwischen Europa und Amerika hergestellt haben. Von den Azoren berichtet der Draht über einen Aufstand gegen die portugiesische Herrschaft, nachdem schon Madeira, das die Begüterten der Welt von ihren Ver-gnügungsreisen her kennen, von dem Aufstand erfaßt worden ist. Die Inselbewohner wollen die militärische Diktatur ab-schütten. Sie erstreben ihre staatliche Selbständigkeit und bedrohen damit den letzten Rest des einst so mächtigen portu-giesischen Kolonialreiches mit dem weiteren Zusammen-schrumpfen. In Portugal selbst ist die Diktaturregierung be-müht, sich durch Truppenzusammenschickungen in der Hauptstadt Lissabon vor unerwünschten Ueberraschungen zu sichern. Aber es scheint, daß von einer tiefgehenden Bewegung gegen die Diktatur noch nicht gesprochen werden kann. Anders in Spanien. Hier hat die Bewegung gegen die Diktatur und die Monarchie wirklich die Massen des Volkes erfaßt und dem herrschenden System am Sonntag eine schwere Niederlage beigebracht.

Gemeindefrauen haben, wie in anderen Ländern, so auch in Spanien in normalen Zeiten nicht eine entscheidende all-gemeinpolitische Bedeutung. Aber mit diesen spanischen Ge-meindefrauen liegt es anders. Sie sollten nach acht langen Jahren, die eine siebenjährige Diktatur einschließen, ein Schritt zur Rückkehr zu verfassungsmäßigen Zuständen sein, der von der revolutionären Bewegung erzwungen worden ist. Die Regie-rung hat die Wahlen nur widerwillig festgesetzt und hätte sie auch danach noch gern verhindert, wenn sie sich nur stark genug fühlen könnte. Aber sie kennt die Schwäche ihrer Po-sition, man merkte das in der letzten Zeit an der verhältnis-mäßigen Milde, mit der die Justiz die Führer der revolutionä-rären Erhebung vom Dezember des vorigen Jahres be-handelte. Daneben mag in der Regierung noch ein wenig Hoffnung bestanden haben, daß die Gemeindefrauen doch eine Mehrheit für die Monarchie ergeben werden, wenn auch ein Anwachsen der republikanischen Stimmen von vornherein ganz sicher war. So sollten die Gemeindefrauen zu einem politischen Barometer werden, nach dem sich der ungefähre Ausfall der nach ihnen stattfindenden Provinzial- und Par-lamentswahlen beurteilen ließ.

Von den gegen die Monarchie stehenden Parteien und Gruppen wurde der Wahlkampf als eine Entscheidung zwi-schen Monarchisten und Republikanern geführt. Die Sozial-istische Partei — wohl die einzige festorganisierte Partei Spaniens von Bedeutung — ging, um die Stöckkraft gegen die Monarchie zu verstärken, ein Bündnis mit den verschiedenen republikanischen Gruppen ein. In den Städten, in denen sich ausschließlich das politische Leben konzentriert, hat diese Wahl-taktik den Sozialisten und Republikanern einen überwältigen-den Erfolg gebracht. So überwältigend, daß z. B. in Madrid auf der sozialistisch-republikanischen Liste nicht sozial Kandi-daten aufgestellt worden waren, als dann gewählt wurden. Die vereinigten Sozialisten und Republikaner erhielten 94 000 Stimmen, die Monarchisten nur 33 000, aber da die ersteren nur 30 Kandidaten aufstellten, sind alle 30 gewählt, aber die Monarchisten erhalten 20 Vertreter im Gemeindeparlament von Madrid, obwohl ihnen nach dem Wahlergebnis höchstens 13 zustehen. Nur in drei oder vier Städten verfügen die Mo-narchisten weiterhin über die Mehrheit. Das ist ganz zweifellos eine entscheidende Niederlage nicht allein des Königs, sondern des gegenwärtigen Herrschaftssystems überhaupt. Daran können auch die Ergebnisse aus den Landgemeinden, die noch nicht vorliegen, nichts ändern. Es ist sicher, daß sie den außer-ordentlich starken Einfluß, den die Kirche und die Regierungs-agenten auf die Landbevölkerung ausüben, zum Ausdruck bringen werden. Aber die Entscheidung über die künftige poli-tische Gestaltung Spaniens kann, nachdem sich das Volk in den

Englische Note über die Zollunion

SPD. Genf, 13. April.

Die Note der englischen Regierung über die Prüfung der deutsch-österreichischen Zollunion durch den Völkerbundrat ist am Montag im Völkerbundsekretariat eingetroffen. Die Note nimmt Bezug auf die Genser Protokolle von 1922 über die Völkerbundsanleihe für Desterreich und erhebt, das neue Zollübereinkommen auf die Tages-ordnung der 68. Ratstagung im Mai zu setzen. Die knappe Seite legt ist nicht von Henderson, sondern von einem Beamten des Foreign Office gezeichnet. Der Wortlaut der Note wurde am Mon-tag den Ratsmächten zugestellt und soll am Dienstagvormittag in Genf veröffentlicht werden.

Die englische Regierung hat sich durch die Note hinsichtlich der Zollunion in keiner Weise festgelegt.

Reichskanzler hilf!

Beschwerde des Stahlhelms

SPD. Berlin, 14. April.

Der Stahlhelm hat an den Reichskanzler eine Eingabe ge-macht, in der er „die größten Fälle der zahllosen bisher schon er-folgten Behinderungen des Volksbegehrens „Landtagsauflösung“ durch Behörden auf Grund der Notverordnung übermittelt und sein Eingreifen zum Schutze der verfassungsmäßigen Volksabstim-mung in Preußen erbittet“.

Der Reichskanzler ist zur Zeit von Berlin abwesend und wird aller Voraussicht nach nicht vor dem 22. April, d. h. erst nach Ab-schluß des Volksbegehrens, nach Berlin zurückkehren.

300 Millionen Sowjetaufträge

Die deutsch-russischen Verhandlungen abgeschlossen

SPD Berlin, 14. April.

Die deutsch-russischen Verhandlungen zwischen Vertretern des Obersten Russischen Volkswirtschaftsrats und dem Reichsverband der Deutschen Industrie über die Lieferungen deutscher Waren werden heute abgeschlossen. Nach dem über die Verhandlungen fest-gelegten Protokoll, das heute seine Unterzeichnung erfährt, erstrecken sich die von russischer Seite erteilten Aufträge lediglich auf die Schwerindustrie, die Elektrotechnik und den Maschinenbau. Es kommen hierfür mindestens 300 Millionen Reichsmark in Betracht. Die anderen Industriezweige, die ebenfalls Zusichbestellungen von Rußland erhalten sollen, und zwar insbesondere landwirtschaftliche Maschinen, Verkehrsbedarf usw., sind in dem Betrag von 300 Mil-lionen nicht einbezogen.

Im Anschluß an die jetzigen Besprechungen werden die Liefe-rungsverhandlungen zwischen den 20 russischen Fachleuten, die be-reits in Berlin eingetroffen sind, und den einzelnen deutschen Lieferwerken beginnen.

Grzesinski lehnt ab

SPD. Berlin, 14. April.

Der Berliner Polizeipräsident hat die Beschwerde der Bundes-leitung des Stahlhelms gegen das Verbot des Bundesorgans „Der Stahlhelm“ mit einem ablehnenden Bescheid an den preussischen Minister des Innern weitergeleitet, der ebenfalls der Beschwerde nicht entsprechen wird. Die Beschwerdeschrift wird deshalb ent-sprechend der Notverordnung des Reichspräsidenten nunmehr an den zuständigen Senat des Reichsgerichts weitergeleitet.

Persönlicher Angriff gegen Frau Dr. Kienle Dr. Neunhoeffers „Rechtfertigung“

SPD Stuttgart, 13. April. Im Verlauf der Presseörterungen... Dr. Neunhoeffers „Rechtfertigung“... SPD Stuttgart, 13. April.

Webrigens ist Frau Dr. Kienle nicht wegen Körperverletzung... sondern wegen Vergehens gegen § 218 verhaftet worden.

Der „rote rosarote Schuymann“ Die preußische Regierung fackelt nicht

Am 13. wird mitgeteilt: „In einer nationalsozialistischen Versammlung in Rothenburg... der rote ist, und zwar der aus Magdeburg; auch für dich ist die Zeit gekommen...“

Geographie schwach „Stachelbeeren“ im „Freiheitskampf“

In ihrem Bemühen, das Volksbegehren des Stahlhelms gegen die verhasste preußische Regierung...

Hamburg ist bekanntlich Freistaat mit eigenem Parlament und selbständiger Länderregierung...

Volksbegehren für Landtagsauflösung in Anhalt. Das anhaltische Staatsministerium hat dem Antrag der Deutschen Volkspartei...

Der Massenmörder vor Gericht

Beginn des Prozesses gegen Peter Kürten

SPD Düsseldorf, 13. April. Am Montag gegen 9 1/2 Uhr begann vor dem Schwurgericht Düsseldorf der Prozess gegen den Massenmörder Peter Kürten...

Ein unheimlicher Schauspieler

Geschneidert und gebügelt ist der sehr jugendlich aussehende Siebenundvierziger Peter Kürten zur Verhandlung erschienen...



Peter Kürten mit seiner Frau. Rechts unten: Kürtens Unterschrift.

Bei seinen Aussagen betont Kürten Resignation wie ein Schauspieler; er spricht sehr leise, aber wohlklingend... „Wir lebten wie die Zigeuner“

Ausführlich schildert der Angeklagte seine Jugend. „Mein Vater war ein Former. In Köln-Mülheim verliebte ich die ersten Jahre meines Lebens...“

Der Mord am Fronleichnamstag

Kürten erzählt dann, wie er nach seiner ersten Gefängnisstrafe von zwei Jahren obdachlos war: niemand wollte ihn aufnehmen...



Zum Mord-Prozess in Düsseldorf Links: Der Mörder Peter Kürten (polizeiliche Aufnahmen). - Mitte: Die Wohnung Kürtens (x) in Düsseldorf...

habilitische Erregungen verspürt. Die letzten Hemmungen seien bei der zugleich plötzlich auftauchenden Vorstellung des alten Strafvollzugs beseitigt worden.

„Zur Not auch ein Tier“

Wie Kürten fortfährt, seine weiteren Straftaten zu schildern, gesteht er, daß er jedesmal stark sexuell erregt gewesen sei...

Die grauenvolle Liste

Es folgte die Ermordung der achtjährigen Rosa Ohliger in Düsseldorf-Flügel durch 13 Scherenstiche...

Am 21. August 1920 unternahm er dann unmittelbar hintereinander die drei Mordversuche an dem 25jährigen Kornblum...

Abwechslung

Mit unwesentlichen Abweichungen verließ der Doppelmord an der 14jährigen Leni Lenzen und der 5jährigen Gertrud Hanacker in Düsseldorf-Niehe...

4 Kinder ermordet

Die Schreckstat in einem Anfall von religiösem Wahnsinn begangen. In Teuffenbach bei Hergen am Zürichsee hat ein 35jähriger Buchhalter...

Die Geliebte vergiftet

In Saarlautern, 13. April. Im Zimmer des seit kurzer Zeit mit seiner Kapelle hier gastierenden Kapellmeisters Erik Borhardt wurde am Sonntag dessen Geliebte tot aufgefunden...



Der alte und der neue Ober

Schönheitsminderung oder Erwerbsbeschränkt

Welcher „Tarif“ ist höher?

Als Fahrgast in einer Kraftbrotschle erlitt eine „Dame“ einen Autounfall, bei dem die kleinen Finger einbüßte.

Vor Gericht wurde zwischen den Parteien ein Vergleich geschlossen, nach dem die Verunglückte von der Versicherung als Schadenersatz 17 000 Mark erhält.

Das Gegenstück: Ein 17jähriger Schlosserlehrling hatte sich bei einer Berufsarbeit eine Blutvergiftung zugezogen, wodurch der rechte Goldfinger steif blieb.

Der Lehrling klagte. Der Syndikus der Berufsgenossenschaft empfahl dem Jungen bei der Gerichtsverhandlung, er solle sich den steifen Finger abhacken lassen.

Welchen Finger war nun eigentlich mehr wert? Der kleine Finger der „Dame“ oder der Goldfinger des Jungen?

Mir scheint, als ob es bei derartigen gleichen Sachen nicht nur zweierlei Recht, sondern auch verschiedene „Tarife“ gibt.

Melzer gegen Melzer

Melzers kommunalpolitisches Wirken hat schon öfter als einmal „allgemeines Schlütteln des Kopfes“ verursacht.

„Wir hören von Herrn Bürgermeister Hofmann, daß für die Kreditgewährung an Steigbohn besonders maßgeblich, scheinbar sogar ausschlaggebend gewesen ist, das Zutrauen zum Charakter des Unternehmers.“

Also sah der Kommunalpolitiker Melzer die Dinge. Aber Melzer ist auch „Diener des Rechts“.

„daß die Stadtbank nicht das Vermögen der Gesellschaft, sondern die erteilten Kautzäge beliehen habe.“

Mit der Straßenbahn nach Thella

Am 1. April 1930 wurde Thella nach dem Leipziger Stadtgebiet einverleibt.

Am Mittwoch, dem 15. April, wird die Neubaustrecke nach Thella fahrplanmäßig durch Verlängerung der Linie 1 in Betrieb genommen.

Am Hermann-Meyer-Straße: 5.00, 5.15, 5.28 bis 20.18 Uhr alle 10 Minuten, 20.30 bis 23.50 Uhr alle 10 Minuten.

Oberbürgermeister Dr. Goerdeler will, wie die diffamierende Kürzung der Fürsorgeunterstützungsätze zeigt, die Finanznot der Stadt beheben durch Vergrößerung der Lebensnot der zahllosen, durch den kapitalistischen Wirtschaftswiderstand auf Straßenpflaster geworfenen Arbeitslosen.

Die Begründung des Ratsdiktats

„Da der Haushaltsplan sich noch in der Beratung befindet, mußte der Rat vorläufige Vorzüge treffen.“

Jetzt sollen die Stadtverordneten Ja zu diesem Diktat sagen. Geschieht das nicht, soll das Einigungsverfahren eingeleitet werden.

Dr. Rothe gegen Erhöhung der Bürgersteuer

Auch der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister Dr. Rothe nimmt in einem langen Zeitungsartikel Stellung zu den Finanznöten der Stadt.

„Es war richtig, Bier- und Getränkesteuer, so wie vorgesehen, in den Etat einzulegen.“

Gegen Versilberung städtischen Vermögens

In den MM war wiederholt empfohlen worden, Vermögensfülle der Stadt zu veräußern, um mit dem Erlös den jetzt drängenden

Die Konsequenzen des Ratsvorgehens

Das Vorgehen der Ratsmehrheit bei der Herabsetzung der Unterstützungsätze eröffnet für die Zukunft unüberschaubare Konsequenzen.

Gesamtfunktionäre

Donnerstag, den 16. April, 20 Uhr, spricht im Gesellschaftssaal des Volkshauses Genosse Dr. Naphtali, Berlin, über

„Wirtschaftskrise und Arbeiterpolitik“

Zutritt nur mit Mitgliedsbuch und Funktionärkarte für 1931. SPD Groß-Leipzig.

nach eine Anzahl weiterer ähnlicher Dinge finden lassen, bei denen die Sache ebenso liegt.

Das Bürgertum mit wenigen Ausnahmen hat gegen das Vorgehen der Ratsmehrheit bei der Kürzung der Fürsorgeätze keine Einwände erhoben.

Wer kann Angaben machen?

Zum versuchten Raubmord am 2. April gegen 21,15 Uhr in der verlängerten Biederstraße in Leipzig-Lindenau auf die 32 Jahre alte Kraftwagenführerscheffrau Martha F. haben die bisherigen angestellten kriminalpolizeilichen Ermittlungen

den Verpflichtungen nachzukommen. Dr. Rothe erklärt diesen Weg für ungangbar.

„Das Stammvermögen, das den Anleihegläubigern haftet, darf nicht für Haushaltswende veräußert werden.“

Noch weitere Kürzung der Fürsorgesätze

Was schlägt nun Dr. Rothe zur Lösung des Problems, zur Behebung der Finanznot vor? Auch hierüber müssen wir ihn persönlich sprechen lassen.

„Kangen wir beim Fürsorgetat an, der ja durch seinen Mehrbedarf von 17 Millionen den ganzen Haushaltplan in Unordnung gebracht hat.“

Oberbürgermeister, die ein in die Zehntausende gehendes Gehalt oder eine in die Zehntausende gehende Pension und dazu Tausende von Mark an Aufschlagszinsen und anderen Einkünften beziehe, haben gut reden über noch weitere Kürzung der Unterhaltsätze der Hungernden.

„Weitere Sparmöglichkeiten“

Dr. Rothe hat noch andere Sparmöglichkeiten im Auge. Die Schule soll heruntergebrückt werden.

Wir hören also von den Bürgermeistern ein und jezt im Grunde genommen ein und daselbe Lied, vom einen in Dur, vom andern in Moll vertont.

nicht zur Feststellung des Täters geführt. Die Erörterungen gestalteten sich deshalb besonders schwierig, weil auch vom Publikum bisher keinerlei Hinweise auf verdächtige Personen eingegangen sind.

Zur Orientierung wird der Sachverhalt nochmals nachstehend geschildert: Nach den Angaben der Ueberfallenen ist der Täter vom angrenzenden Felde aus ihr entgegengekommen, hat ihr zunächst einen Schlag ins Gesicht versetzt, worauf sie um Hilfe gerufen hat.

Die Hitler-Libree im Handteller

Es ist besonders reizvoll, manche Knappen des „großen“ Trommners Adolf auf dem Wege zur Kazerparfammling zu beobachten.

Ein solch „Tapferer“ ist auch der Kirchenbeamte Rudolf Behr in Probstheida, der ehrenamtlich als Elternrat fungiert und dem insbesondere die Betreuung der Kindergruppe der christlichen Kirche in Probstheida obliegt.

